



20.069

**Jugendschutz in den Bereichen
Film und Videospiele.
Bundesgesetz**

**Protection des mineurs
dans les secteurs
du film et du jeu vidéo.
Loi fédérale**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.06.21 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Wir kommen jetzt zu einer Gesetzgebung, die Sie betrifft, geschätzte Jugendliche auf der Tribüne. Ich kann mich erinnern: Als ich so alt war wie Sie, da war die Frage höchstens, ob ich ins Kino reinkam, um die Filme zu schauen, die ich schauen wollte; und da ich immer jünger aussah, als ich war, kam ich nie rein. Zuhause war das Thema, ob ich gewisse Filme für Erwachsene im Fernsehen schauen durfte. Das Problem hat sich gelöst, indem die Filme so spätnachts kamen, dass ich ohnehin schon vorher ins Bett musste. Aber Sie haben heute digitale Möglichkeiten, und darüber sprechen wir jetzt.

Mit dem Bundesrat teilt die Kommission das Ziel, dass Kinder und Jugendliche ausreichend vor Inhalten im Bereich von Film und Video geschützt werden, die für sie nicht geeignet sind. Die Kommission erkennt auch den Handlungsbedarf: Zwar bestehen weitgehende Branchenregelungen wie die freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft beim Film und das System der Pan European Game Information (Pegi) bei Videospielen. Die grosse Mehrheit der Anbieter von Videospielen folgt dem Pegi-System, das in 38 Ländern angewendet wird. Eine Schwäche des Systems ist jedoch, dass es nicht verbindlich ist und nur gewisse Altersgrenzen für Über-16- und Über-18-Jährige kennt, darunter keine. Im Filmbereich besteht zurzeit keine einheitliche Alterseinstufung, und es gibt auch wesentliche Unterschiede zwischen den Medienkanälen. Ausserdem sind keine Inhaltsangaben vorgeschrieben.

Die bisher kantonale Regelungsebene ist lückenhaft. Beim Film bestehen nur in wenigen Kantonen überhaupt Verpflichtungen zu Alterskontrollen, und bei Videospielen gibt es nur in einer Minderheit von Kantonen eine gesetzliche Jugendschutzregelung.

Im Resultat bleiben die Vorgaben also lückenhaft, uneinheitlich, entsprechend schwierig im Vollzug und unverbindlich. Gerade angesichts des Aufkommens neuer Kanäle wie Plattformen und Videodiensten sowie der Verlagerung weg von Kino und TV ist eine technologieneutrale Regelung und die gleichverpflichtende Erfassung aller Anbieter angezeigt.

Schliesslich erinnern wir daran, dass unser Parlament selber den Bundesrat mittels zweier Motionen beauftragt hat, schweizweit verbindlichere Regelungen zu finden.

Die Leitlinien der Vorlage würde ich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Gleichbehandlung aller Akteure: Demnach sollen auch Plattformen und Abrufdienste die gleichen oder vergleichbare Vorgaben erfüllen wie Anbieter von Videospielen und Filmen.
2. Eine Stärkung der elterlichen Verantwortung: Die Wissensasymmetrie zwischen Anbietern und Eltern wird ausgeglichen; z. B. sollen Inhaltsangaben, sogenannte Inhaltsdeskriptoren, gemacht werden.
3. Eine Verstärkung der Kontrollmöglichkeiten, z. B. im Bereich der Plattformen: Dort gab es bisher keine Selbstregulierung, keine sonstigen Bestimmungen und entsprechend keine Kontrolle.

AB 2022 S 421 / BO 2022 E 421





4. Eine Orientierung an den betreffenden EU-Richtlinien: Mit dem vorliegenden Gesetz würde man in der Schweiz ein gleiches Niveau an Jugendschutzbestimmungen erreichen, wie es in der EU vorliegt, ohne dass dabei ein Swiss Finish entsteht.

5. Die Branchen bleiben in der Verantwortung; das ist richtig. Sie sind primär gefragt, Jugendschutzbestimmungen zu erlassen. Diese können dann vom Bundesrat auf Antrag allgemeinverbindlich erklärt werden. Nur wenn dieser Mechanismus von Selbstorganisation und allenfalls Verbindlicherklärung nicht zum Tragen käme, käme subsidiär der Bund mit seiner Gesetzgebungskompetenz ins Spiel.

Anfänglich war ein Teil der Kommission skeptisch angesichts der Notwendigkeit einer derart detaillierten Regulierung. Die Regulierungsdichte ist hoch. Anhand eines Konzeptantrages von Kollege Ruedi Noser wurde die Verwaltung aufgefordert, aufzuzeigen, ob eine höhere Selbstorganisation und -verpflichtung der Branchen mit einem entsprechend schlankeren Gesetz nicht auch funktionieren würde. Die Kommission liess sich überzeugen, dass damit aber die Schwächen und Lücken der heutigen Situation ungenügend behoben würden.

Ein Wort noch zur Regulierungsdichte: Am dichtesten ist das Gesetz dort, wo es vorschreibt, welche Aspekte die Branchen mittels einer eigenen Jugendschutzregelung zu definieren hätten, nämlich in den Artikeln 10 und 11. Diese sind aber zwingender Bestandteil, ja gerade Voraussetzung der sogenannten Koregulierung: Die gesetzlichen Mindeststandards, der Prozess der Verbindlicherklärung sowie die Aufgaben der gemeinsam für den Jugendschutz verantwortlichen staatlichen und wirtschaftlichen Akteure müssen definiert werden. Es tönt paradox, aber in diesem Fall würde die Gesetzesvorlage nur dann schlanker – im Sinne von weniger Artikeln –, wenn man stärker direkt staatlich per Gesetz regulieren würde.

Die Kommission findet aber, dass die Koregulierung ein sinnvoller Ansatz sei. Sie möchte daran festhalten. Wie erwähnt, sind zuerst die Branchen gefordert, Regelungen wie Altersangaben und -kennzeichnungen zu definieren. Dies erlaubt eine von den Branchen selber erarbeitete Lösung, die somit eine grössere Praxisnähe und -tauglichkeit verspricht. Auch künftige Entwicklungen in einem sehr dynamischen Feld können von den Branchen so aufgefangen werden.

Die vorgeschlagene Koregulierung baut auf existierenden Selbstregulierungsinitiativen einzelner Branchen auf. Mit der erwähnten Regulierungsform erhalten die Branchen einen grossen Gestaltungsspielraum: Sie können die konkrete Umsetzung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selber definieren. Gerade, um die Branchen einerseits in der Verantwortung zu behalten und andererseits nicht zwingend neue übergeordnete Gremien wie Jugendschutzorganisationen gründen zu müssen, stellt die Kommission einen entsprechenden Änderungsantrag als Konzeptantrag in Artikel 9. Der hat dann an x Orten noch andere Anpassungen zur Folge.

Sodann hat die Kommission in ihrer Mehrheit an der einen oder anderen Stelle justiert, um erstens die Gleichbehandlung der Akteure sicherzustellen – bei Artikel 8 – und um zweitens keine zusätzlichen technokratischen Bestimmungen ins Gesetz aufzunehmen. Hier sprechen wir dann bei Artikel 11 über die sogenannten Mikrotransaktionen.

Zu reden gab schliesslich die Frage der Voraussetzungen, um das Unterschreiten des Mindestalters bei Filmen oder Videospielen bei der Begleitung von Erwachsenen zu ermöglichen. Auch die Frage eines Medienkompetenzartikels gab zu reden. Ich komme auf diese Punkte in der Detailberatung zu sprechen.

Mit diesen Ausführungen beantrage ich Ihnen namens der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): La loi a été traitée au Conseil national il y a exactement une année. Cela démontre qu'au sein de la commission, nous avons eu un véritable débat de fond, comme l'a expliqué mon préopinant, sur l'opportunité d'adopter ou non une telle base légale. D'aucuns estimaient que, si le but de la loi est certes vertueux, elle ne répondait en fait que très peu à la volonté de protéger les mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo, protection qui relève avant tout de la responsabilité des adultes, plus particulièrement de celle des parents.

A cette appréciation, on peut objecter que ce projet de loi était attendu de longue date. De plus, on peut le dire ainsi, il était plébiscité par les cantons, qui ne peuvent agir de manière efficace dans leur périmètre respectif. S'il ne remplace pas la responsabilité personnelle et le rôle éducatif des parents, le projet prévoit un dispositif qui met les différents acteurs face à leur coresponsabilité dans une branche économique en plein essor, avec des évolutions significatives sur le plan technique.

En effet, la variété des supports et la richesse de l'offre d'accès débouchent sur le fait qu'aujourd'hui très souvent les mineurs, les jeunes, jouent à des jeux vidéo, regardent des films seuls ou avec leurs pairs, en présentiel ou en ligne. Je suis de la même génération que mon collègue Matthias Michel et il est bien loin le temps où on regardait un feuilleton à la télé en compagnie de ses parents. Aujourd'hui, je crois qu'on le fait encore pour un match de foot, une manifestation sportive, mais pour le reste chacun visionne sur son support, dans sa chambre ou à l'extérieur.



Bref, nous sommes face à une activité économique qui n'est pour le moins pas anecdotique, donc une certaine corégulation s'impose. La commission s'est accordée sur un projet qui répond à un besoin d'agir ("Handlung-sbedarf") et qui est à mon avis suffisamment svelte – "schlank", comme on dit aussi volontiers – pour assurer une efficacité certaine. Nous avons par exemple clarifié des formulations. Il était opportun et utile de renoncer à employer le terme d'"organisation de protection des mineurs", qui pouvait prêter à confusion. Nous avons retenu le terme d'"organisation de branche". Il s'agit des organisations qui ont comme objectif justement la protection des mineurs.

Il ne s'agit donc aucunement de monter une usine à gaz, mais bien de responsabiliser l'acteur d'un secteur économique en proposant une corégulation avec des exigences fixées dans la loi, par exemple concernant l'indication de l'âge, la description du contenu ou le contrôle de l'âge. Naturellement, les prescriptions pratiques concrètes seront de la responsabilité des divers acteurs actifs tant dans le domaine du film que dans celui du jeu vidéo.

Vous l'aurez compris, à l'instar de l'unanimité de la commission, je pense qu'il est opportun et très utile d'entrer en matière sur ce projet de loi.

Berset Alain, conseiller fédéral: Vous vous penchez ce matin sur un projet important. On sait que la réglementation en vigueur pour la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo est très fragmentée, très hétérogène. La plupart des cantons ont renoncé à réglementer ces sujets, et là où des points ont été réglés, ils ne l'ont souvent été que partiellement. Il existe donc, en général, des différences très grandes d'un canton à l'autre.

On a vu aussi que les efforts d'autorégulation de certaines branches ont donné quelques fruits, mais les mesures adoptées ne sont pas contraignantes pour tous les acteurs du marché et ne sont que partielles. Nous avons donc affaire à une situation qui est globalement peu satisfaisante et dans laquelle il y a des lacunes à combler. C'est ce que nous avons essayé de faire en développant cette réglementation avec la participation des acteurs concernés.

Ce projet de loi vise à protéger les mineurs de films et de jeux vidéo qui pourraient porter atteinte à leur développement physique, mental, psychique, moral ou social. On pense notamment ici aux scènes à caractère violent, sexuel ou effrayant. C'est ce qui est visé avec ce projet, en indiquant aussi clairement que la loi ne s'appliquerait qu'aux activités économiques. Donc, sont exclus du champ d'application de la loi, par exemple, les échanges de films ou de jeux vidéo entre particuliers. Sont exclues également les soirées cinéma dans un club de jeunes ou les bibliothèques, par exemple.

Ce que je souhaite encore porter à votre attention, c'est que l'objectif est d'améliorer la situation actuelle, qui est insatisfaisante, en apportant une égalité de traitement entre les fournisseurs, y compris d'ailleurs pour les services de plateforme et les services à la demande. Voilà pour l'introduction.

AB 2022 S 422 / BO 2022 E 422

Ensuite, il faut examiner comment le faire, puisque je dis qu'on le fait ou qu'on a essayé de le faire avec la branche. Eh bien, le principe fondamental retenu par le Conseil fédéral est celui d'une approche de corégulation. Cette approche de corégulation est quelque chose d'intéressant à développer, avec la participation des acteurs, mais ce n'est pas non plus tout simple à développer. Cela signifie que le projet prévoit que les acteurs des secteurs du film et du jeu vidéo élaborent eux-mêmes une réglementation en matière de protection pour ces deux secteurs – ceux du film et du jeu vidéo – et que, lorsque les réglementations remplissent les exigences fixées par la loi, les acteurs des secteurs du film et du jeu vidéo déposent une demande au Conseil fédéral de force obligatoire. Cela a comme avantage que, ensuite, cette régulation proposée par les branches s'applique à l'ensemble des acteurs, y compris ceux qui ne seraient pas membres des organisations. C'est le but de la déclaration de force obligatoire. Je précise – c'était aussi dans le projet – que, évidemment, si aucune réglementation de protection des mineurs n'était déclarée de force obligatoire dans un certain délai, il appartiendrait alors ensuite, de manière subsidiaire, au Conseil fédéral d'édicter les prescriptions nécessaires. Je peux passer rapidement sur les autres éléments.

Ce projet a été soumis à une consultation qui a donné des résultats, je crois, globalement positifs. Ce projet a reçu un accueil favorable, et a été approuvé dans ses orientations et ses objectifs principaux.

Je dois vous dire également, en ce qui concerne les conséquences financières, qu'elles ne seront vraisemblablement pas très élevées. On s'attend à ce que ce projet occasionne des charges plus importantes pour les acteurs du marché que pour les autorités. Ces dépenses supplémentaires sont estimées à environ 950 000 francs par an. C'est vraiment très peu si on regarde à quoi on a affaire. A cela s'ajouteraient des frais initiaux uniques d'environ 1 million de francs. Ce sont vraiment des conséquences financières qui sont très limitées,



pour un projet qui doit nous permettre d'améliorer la situation actuelle, jugée non satisfaisante.
C'est avec cette argumentation que j'aimerais vous inviter, au nom du Conseil fédéral, à entrer en matière sur le projet.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele
Loi fédérale sur la protection des mineurs dans les secteurs du film et du jeu vidéo

Detailberatung – Discussion par article

Titel

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Über den Ingress entscheiden wir bei Artikel 27a, über Artikel 1 bei Artikel 11 Buchstabe cbis.

Art. 2, 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 4 Bst. a-d

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 4 let. a-d

Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Über Buchstabe e entscheiden wir bei Artikel 27a.

Art. 5 Bst. a-f

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5 let. a-f

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Über Buchstabe g beschliessen wir bei Artikel 9, über Buchstabe h bei Artikel 11 Buchstabe cbis.

Art. 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

...

b. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Germann, Gapany, Michel, Stark)

Abs. 2 Bst. a Ziff. 2

Streichen

Art. 7

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

...

b. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Germann, Gapany, Michel, Stark)

Al. 2 let. a ch. 2

Biffer

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Artikel 7 regelt die Voraussetzungen, unter welchen Filme und Videospiele auf audiovisuellen Trägermedien an öffentlichen Anlässen und über Abrufdienste zugänglich gemacht werden können. Dabei gibt es Lockerungen bzw. Ausnahmen von den erforderlichen Altersgrenzen. Die Kommissionsmehrheit folgt hier dem Entwurf des Bundesrates. Zu diskutieren gaben zwei Punkte. Zuerst zu Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer 2: Hier geht es um den Zugang zu Filmen oder Videospielen. Unbestritten blieb in der Kommission, dass eine Unterschreitung der

AB 2022 S 423 / BO 2022 E 423

zulässigen Altersgrenze möglich sein soll, wenn die minderjährige Person in Begleitung einer mindestens zehn Jahre älteren Person ist; das können Eltern sein, aber auch Freunde, Nachbarinnen usw. Umstritten ist jedoch die absolute Untergrenze. Die Mehrheit – der Entscheid fiel mit 7 zu 4 Stimmen – folgt dem Bundesrat, wonach das erforderliche Mindestalter unabhängig von der Begleitung um höchstens zwei Jahre unterschritten werden darf. Die Mehrheit beantragt dies wegen der Bedenken, dass die Begleitperson erstens kein Elternteil sein muss; es kann eine Nachbarin oder ein Freund sein. Zweitens soll ausgeschlossen sein, dass z. B. eine junge erwachsene Person, z. B. eine zwanzigjährige Nachbarin, einen Jugendlichen unter zehn Jahren zu einem Film mitnimmt, der eigentlich für Minderjährige verboten ist. Der Bundesrat berücksichtigt hier eine Anregung aus der Vernehmlassung, welche die Mehrheit unterstützt. Die Minderheit, angeführt von Ständerat Germann, sieht dies anders und wird ihren Antrag selber begründen.



Germann Hannes (V, SH): Die Kommissionsminderheit schlägt Ihnen vor, die gemachte Ausnahmeregelung in Artikel 7 Absatz 2 Litera a Ziffer 2 nicht gleich wieder durch eine zusätzliche, reichlich willkürliche Einschränkung rückgängig zu machen. Darum bitten wir Sie, Ziffer 2 von Artikel 7 Absatz 2 Litera a zu streichen. Sie war denn auch nicht Bestandteil der Vernehmlassungsvorlage und ist vom Bundesrat erst im Nachhinein eingefügt worden. Doch das ist nicht der Hauptgrund für die Ablehnung dieser Einschränkung.

In Artikel 7 geht es um die Alterskontrolle durch Anbieterinnen von audiovisuellen Trägermedien und durch Veranstalterinnen. In Absatz 1 werden die Alterskontrollen als Mittel festgeschrieben, um Minderjährigen den Zugang zu nicht geeigneten Inhalten zu verweigern. So weit, so gut; das ist unbestritten. In Absatz 2 ist eine Ausnahmeregelung festgelegt. Demnach soll der Zugang zu einem Film oder zu einem Videospiel, wie in Litera a Ziffer 1 geregelt, in Begleitung einer volljährigen Person erfolgen dürfen, dies unter der Bedingung, dass die volljährige Person mindestens zehn Jahre älter ist. Eine zusätzliche Einschränkung der Ausnahmeregelung ist in Litera a Ziffer 3 zu finden: Der Film oder das Videospiel darf nicht erst für volljährige Personen freigegeben sein. Filme ab achtzehn mit Gewaltdarstellungen oder auch Pornografie sind also ohnehin von vornherein ausgeschlossen.

Artikel 7 Absatz 2 Litera a Ziffer 2 war in der Vernehmlassung, wie erwähnt, noch nicht vorgesehen. Der Bundesrat hat hier aber dann eine Verschärfung aufgenommen. Danach dürfen Veranstalterinnen Kindern und Jugendlichen einen Film oder ein Videospiel, welches für ihr Alter noch nicht zugelassen ist, unter bestimmten Umständen doch zugänglich machen. Der Bundesrat sieht hier vor, dass die Ausnahme zuzulassen ist, wenn kumulativ folgende Forderungen erfüllt sind: Die Begleitperson muss volljährig und mindestens zehn Jahre älter sein; die Person selbst darf das erforderliche Mindestalter nur um maximal zwei Jahre unterschreiten; und schlussendlich darf der Film oder das Videospiel nicht erst für Volljährige freigegeben sein.

Jetzt geht es eben um diese Zweijahresbestimmung. Das Ziel des Gesetzes ist es, Erziehungsberechtigte mit möglichst einfachen Mitteln in die Lage zu versetzen, die geforderten Altersgrenzen auch umzusetzen. Es ist wichtig, dass die Ausnahmeregelung für Alterskontrollen für alle Inhalte und alle Akteure gleich gehandhabt wird. Egal, ob ein Film bei einem Streaming-Anbieter gekauft oder im Kino angeschaut wird, ob ein Videospiel per Download gekauft oder ob an einem E-Sport-Turnier gespielt wird: Es soll eine Gleichbehandlung aller Akteure geben. Diese Zweijahresgrenze wäre für die Veranstalterin kaum umsetzbar. In der Konsequenz würde dies der Umgehung solcher Vorschriften durch Abwanderung in den reinen Online-Bereich Tür und Tor öffnen. Wollen wir das wirklich? Wollen wir, dass die gleichen Videos oder Filme einfach zuhause, womöglich ohne jegliche Aufsicht, geschaut werden? Wäre es nicht vielversprechender, den Erziehungsberechtigten ganz im Sinne von Selbstverantwortung einen gewissen Spielraum zu belassen? Die Minderheit meint ja und sagt darum Nein zur geforderten Zweijahresgrenze.

Die gleiche, vom Nationalrat am Ende von Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b eingefügte Zweijahresbestimmung haben wir bereits in der Kommission gestrichen, indem wir dort dem Bundesrat gefolgt sind. Nun bitte ich Sie, das auch bei Ziffer 2 zu tun.

Was bewirken wir damit? Ich bringe noch ein konkretes Beispiel, das ich mir überlegt habe: Die Eltern wollen sich mit ihren drei Kindern einen Film im Kino ansehen. Einen Film ab achtzehn Jahren dürfen sie sich zwar nicht anschauen, aber meinetwegen einen Film ab vierzehn Jahren. Wer darf nun mit? Der Sohn ist zwölf, die Töchter sind elf und zehn. Der Sohn darf mit, nicht aber die Töchter.

Jetzt sage ich Ihnen, warum solche Regelungen, ich kann es nicht anders sagen, ein Schwachsinn sind. Ich habe geschaut, welche Filme ab vierzehn Jahren sind: "Die Insel der besonderen Kinder", "Little Miss Sunshine", "Mustang" oder, vielleicht kennen Sie es besser aus dem Fernsehen, "Fack ju Göhte 2". All diese Filme sind ab vierzehn zugelassen. Jetzt dürfen die Eltern zwar ihren zwölfjährigen Sohn mitnehmen – vierzehn minus zwei Jahre –, nicht aber die elfjährige Tochter, die dem Zwölfjährigen in der Entwicklung sowieso voraus ist, und auch nicht die Zehnjährige, die sowieso alles mitkriegt, was sie nicht sollte.

Bitte lassen Sie hier Vernunft walten, und streichen Sie die Ziffer 2! Ich danke Ihnen, wenn Sie diese nicht praktikable und kontraproduktive Ziffer im Sinne der Minderheit streichen.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Très brièvement, il est vrai que chaque fois qu'il y a une limite d'âge, il y a une limite. Je crois que ce qui a été mentionné fort opportunément par le rapporteur, c'est que l'hypothèse n'est pas que le mineur ou le jeune est à chaque fois accompagné par ses parents ou par le détenteur de l'autorité parentale, mais qu'il peut être accompagné par n'importe quel adulte. Il ne s'agit pas de se méfier de tout adulte, mais de poser des règles suffisamment claires, protectrices et préventives pour exclure des situations où un enfant se trouverait confronté à un contenu dont il n'est en règle générale pas en mesure de saisir la portée et qui pourrait le fragiliser ou le perturber.

On évoque le fait qu'il est extrêmement difficile de les mettre en oeuvre; certes. Et certes, dans le milieu privé,



les enfants regardent des émissions, des films ou des vidéos, et cela sous la responsabilité des parents. Mais je crois qu'il est aussi de la responsabilité du législateur de fixer des règles, des bases légales normatives pour montrer ce qui est possible ou pas. On sait que les filles de 10 ans peuvent être plus adultes, plus développées que les garçons de 11 ans, mais ce n'est pas pour cela que l'on peut décider systématiquement de changer les limites d'âge.

Je vous invite à soutenir la proposition du Conseil fédéral qui, à mon avis, est équilibrée et s'inscrit dans un dispositif global cohérent et pertinent.

Berset Alain, conseiller fédéral: En ce qui concerne cet article 7, il faut relire la totalité de l'article. L'article 7 commence par un alinéa 1 qui énonce un principe très clair: "Les prestataires de supports audiovisuels et les organisateurs d'événements ne rendent un film ou un jeu vidéo accessible à un mineur qu'après avoir contrôlé son âge. Ils en refusent l'accès aux mineurs qui n'ont pas l'âge requis." C'est le principe. Ensuite, la question est de savoir si l'alinéa 2 doit offrir une certaine flexibilité à ce principe ou si l'alinéa 2 doit permettre de vider ce principe de son sens. C'est la question qui se pose.

L'argumentation défendue par la minorité de la commission est une argumentation qui est un peu particulière, parce qu'elle vise à ce que toute réglementation d'âge soit en fait impraticable.

Vous allez toujours trouver un exemple absurde. J'ai aussi trois enfants et je vois très bien les exemples absurdes que l'on peut trouver sur ce point. Mais alors, à ce moment-là, la conséquence serait de dire que toute limitation d'âge est absurde et impraticable, et ça ne parlerait pas seulement contre

AB 2022 S 424 / BO 2022 E 424

cette réglementation et contre la corégulation organisée avec la branche, ça parlerait aussi contre toute l'auto-régulation que la branche a essayé de mettre en place depuis des années. Je crois donc que si l'on souhaite avoir une législation qui tienne la route, il est difficile de faire des exceptions aussi larges à l'alinéa 2 alors que le principe de l'alinéa 1 est clair. C'est le premier élément que je voulais porter à votre connaissance.

Le deuxième élément, c'est que l'on peut aussi avoir des exemples absurdes qui vont dans l'autre sens. Si l'on accepte une différence d'âge de dix ans, mais qu'il n'y a pas cette limite de deux ans, on peut se retrouver dans la situation où un jeune de 8 ans, accompagné d'un adulte de 18 ans, pourrait voir un film réservé aux plus de 16 ans.

Bien sûr, vous allez me dire: "C'est absurde. Cela ne va pas se passer comme ça. Et puis, de toute façon, les gens peuvent le faire à la maison." Mais la question n'est pas de savoir ce que l'on peut faire à la maison, dans le cadre privé. La question concerne ce que l'on peut faire dans le cadre public, dans les activités économiques. Là, c'est le moment de rappeler qu'à toute liberté est liée une responsabilité. A la liberté économique de pouvoir montrer des films à des jeunes est liée la responsabilité de faire ensuite en sorte que l'on ne coure pas le risque, pour des raisons purement économiques, de fermer un peu les yeux ou d'être très flexible concernant le principe de l'alinéa 1 en disant qu'on ne veut pas trop limiter les possibilités, parce que, de toute façon, les gens peuvent regarder ça à la maison dans le cadre du "streaming online" ou en privé.

Donc, ce lien entre liberté économique et responsabilité quant à ce qui doit être accessible est un élément important. Je vous rappellerai ici que l'objectif de ce projet, c'est de ne pas entraver les jeunes dans leur développement. Il faut bien reconnaître que le fait de confronter des personnes très jeunes à des contenus à caractère violent, sexuel, brutal ou effrayant peut avoir des conséquences sur leur développement. Sinon, il n'y aurait même pas eu d'autorégulation de la branche. Si l'on considère que l'autorégulation de la branche n'est pas complète ni suffisante, c'est bien parce qu'il y a des problèmes auxquels il faut pouvoir apporter une réponse. C'est aussi l'objectif de cette réglementation.

J'aimerais ajouter un dernier élément. A l'appui de la minorité, il a été indiqué qu'il suffirait de régler cela comme à l'alinéa 2 lettre b: la version du Conseil fédéral de la lettre b ne fixe pas une limite à un âge inférieur de deux ans maximum à l'âge requis, c'est vrai, mais pourquoi? Parce que la lettre b dispose qu'une personne détentric de l'autorité parentale doit avoir donné son consentement écrit. C'est une tout autre affaire. En effet, à l'alinéa 2 lettre a, on est encore beaucoup plus flexible que cela: il n'y a pas du tout besoin de l'accord de l'autorité parentale. Si on voulait aller au bout de la logique portée par la minorité, il faudrait également fixer que les exceptions à l'alinéa 2 lettre a ne sont possibles que si une personne détentric de l'autorité parentale a donné son accord.

On ne réduirait donc en rien la marge de manoeuvre des parents pour savoir ce qu'ils souhaitent faire ou pour pouvoir voir avec leurs enfants. On réduirait par contre le risque que des groupes se forment, avec des jeunes qui seraient exposés à des images qui pourraient entraver leur développement. C'est ce qu'il s'agit de faire avec cet article.



C'est la raison pour laquelle, fort de cette argumentation, je vous invite à suivre la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/5136)

Für den Antrag der Minderheit ... 23 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 19 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 8

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

... Minderjährige vor für sie ungeeigneten Inhalten geschützt werden.

Abs. 2, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Maret Marianne)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1

... mineurs soient protégés des contenus non adaptés à leur âge.

Al. 2, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Maret Marianne)

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Über Absatz 2bis beschliessen wir bei Artikel 11 Buchstabe cbis.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Bei Artikel 8 Absatz 1 beantragt Ihnen die Kommissionsmehrheit, die Zielformulierung anzupassen. Im Entwurf des Bundesrates wird als Ziel formuliert: "[...] damit Minderjährige keinen Zugang zu Inhalten haben [...]." Wir beantragen Ihnen folgende Zielformulierung: "[...] damit Minderjährige vor für sie ungeeigneten Inhalten geschützt werden." Das klingt relativ ähnlich, ist aber etwas anders. Wir beantragen Ihnen damit, bei den Abrufdiensten dasselbe Ziel wie bei den Plattformen zu formulieren. Denn auch in Artikel 19 Absatz 1 lautet die Formulierung, dass Minderjährige vor für sie ungeeigneten Inhalten geschützt werden sollen. Das ist das übergeordnete Ziel, der ganze Geist der Vorlage – es geht genau darum. Dieses übergeordnete Ziel soll für beide Kanäle, nämlich für Abrufdienste und für Plattformen, gleich formuliert werden.

Bei den Instrumenten, um dieses Ziel zu erreichen, haben die Angebotsformen gemeinsam, dass es bei der erstmaligen Nutzung ein System zur Alterskontrolle braucht. Anders dann die weiteren Instrumente: Bei Abrufdiensten gibt es die elterliche Kontrolle, z. B. durch ein Abonnement – Netflix oder was auch immer. Bei Plattformen, bei denen Nutzerinnen und Nutzer selber Inhalte aufschalten, gibt es Meldemöglichkeiten für diese Nutzerinnen und Nutzer. Die Instrumente bei den Kanälen sind also verschieden, aber das übergeordnete Ziel ist das gleiche.

Die Kommission hat mit 5 zu 5 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wie gesagt die Zielformulierung von Artikel 19 Absatz 1 übernommen und sich damit für die Gleichbehandlung von Abrufdiensten wie Swisscom-TV und Netflix und Plattformen wie Youtube und Tiktok ausgesprochen.

Eine Minderheit, die sich noch melden wird, möchte beim Entwurf des Bundesrates bleiben. Das wäre eine Gleichbehandlung der Plattformen mit den Kinos. Die Frage ist immer, mit wem man sich vergleicht. Nur muss



ich im Namen der Mehrheit sagen: In den Kinos sind physische Alterskontrollen möglich, bei Plattformen eben nicht, weshalb eine Gleichbehandlung mit Kinos in den Augen der Mehrheit nicht korrekt ist. Wir empfehlen Ihnen, diese Zielformulierung anzupassen.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): La discussion s'apparente à celle que nous avons eue préalablement. Elle porte sur ce que la loi propose de normatif et sur ce qui est effectivement possible de faire du point de vue technique. Mon

AB 2022 S 425 / BO 2022 E 425

collègue vient de me demander si j'avais des exemples précis pour dire comment on fera pour procéder au contrôle; je ne peux pas répondre à cette question technique, qu'il en soit d'emblée informé. Par contre, je pense que, comme pour la précédente situation, et même si on parle là des plateformes, on ne peut pas se contenter d'une formulation aussi vague et indiquer que l'on protège uniquement les mineurs de contenus non adaptés à leur âge. Il faut savoir que même les produits proposés sur les plateformes sont accompagnés d'indications relatives à l'âge légal, l'âge requis ou l'âge adapté. Or, faire comme si on ne pouvait pas protéger strictement les mineurs me semble un peu léger.

J'ai tout à l'heure fait référence au concept global de la loi, qui est présenté le message l'accompagnant. Il y a aussi les attentes de nombreuses organisations et des parents. On a parlé tout à l'heure de la responsabilité des parents qui peuvent tout à fait protéger leurs jeunes ou adolescents mineurs, mais il faut savoir qu'il y a des parents et des associations qui attendent du législateur qu'il agisse du point de vue social et indique qu'il y a lieu de protéger les mineurs, et que cette protection ne doit pas être réservée aux contenus pour lequel un âge minimal n'est pas requis.

Donc, j'en conviens, du point de vue technique l'argumentation est légère, et je pense que M. le conseiller fédéral Berset sera bien plus habile que moi en la matière – et je le remercie par avance de l'être, car, à défaut, je vivrai un grand moment de solitude! Pour le reste, du point de vue politique, je persiste à penser, comme la minorité de la commission, qu'il y a lieu de suivre le Conseil fédéral.

Juillard Charles (M-E, JU): Ici, on est vraiment dans un texte purement déclamatoire, à moins que le Conseil fédéral puisse nous indiquer comment on peut concrètement empêcher des mineurs qui se mettent derrière leur télévision de procéder à la commande d'un film pour lequel ils n'ont pas l'âge, en l'absence de parents qui pourraient contrôler. Mes enfants sont largement au-delà de cet âge-là, mais comme j'ai des petits-enfants, peut-être que cela m'intéresserait de le savoir pour essayer de les protéger contre cette tentation.

Noser Ruedi (RL, ZH): Von der Methodik her sind wir uns eigentlich einig. Auch die Mehrheit und die Minderheit sind sich einig. Was ist damit gemeint? Bei Artikel 19 geht es um Plattformen, auf die man Inhalte hochladen kann. Inhalte, die man hochladen kann, sind ja nicht "geratet". Ihnen sieht man nicht an, ob sie für Minderjährige, also für Zehnjährige oder für Zwölfjährige, geeignet oder nicht geeignet sind. Das heisst, dort braucht es Meldemöglichkeiten, damit ich, wenn ich einen Film anschau und feststelle, dass etwas drin ist, das Kinder nicht sehen sollten, der Plattform melden kann: Bitte setze das unter Jugendschutz. Das ist die Methodik in Artikel 19.

Die Methodik von Artikel 8 ist, dass alle Filme ein Rating brauchen. Die Filme werden ja kommerziell erstellt, und es gibt ein Rating. Ein Film wird also als über achtzehn Jahre oder über sechzehn, über vierzehn oder über zwölf Jahre "geratet" – ich weiss nicht, ob es noch weiter hinuntergeht, aber das ist ja egal. Jeder Film ist "geratet". Das ist die andere Methodik.

Wir sind uns einig: Wenn man diese beiden Methoden anwendet, erfüllt man das Gesetz. Wenn Sie nun aber die unterschiedlichen Artikel lesen, dann könnten Sie meinen, dass bei Artikel 8 gemeint ist, es brauche eine höhere Zugangsschwelle als nur die Methodik. Der Kommissionssprecher hat ja gesagt, es sei zum Beispiel wie beim Kino, wo das Alter beim Billettkauf noch mit einem Ausweis kontrolliert werde. Allerdings möchte ich ihn hier korrigieren: Das findet heute schon lange nicht mehr statt. Kinobillette werden heute mit der Kreditkarte der Eltern über das Internet gekauft und zuhause ausgedruckt. Dann geht man an die Lesestelle, liest das Billett ein und ist im Kinosaal drin.

In diesem Sinn gibt es auch dort keine physische Alterskontrolle. Man spiegelt aber vor, es gäbe eine physische Kontrolle – wie beim Zigarettenautomaten, wo man den Ausweis durchziehen muss, damit man Zigaretten bekommt. Das wird vorgespiegelt. Darum will die Mehrheit sagen: Bei der Methodik der Artikel 8 und 19 sind wir uns einig, aber wir möchten aufgrund der Methodik nicht noch eine strengere Zugangskontrolle.

Darum bitte ich Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.



Berset Alain, conseiller fédéral: En ce qui concerne l'article 8, un principe est fixé à l'alinéa 1. La manière dont cet article est rédigé, que ce soit d'ailleurs en français ou en allemand, ne fait pas une immense différence. On a l'impression que c'est un peu plus clair de dire: "afin que les mineurs n'aient pas accès aux contenus pour lesquels ils n'ont pas l'âge requis." On se demande quelle serait la différence avec la formulation "soient protégés des contenus non adaptés à leur âge." Le meilleur moyen de les protéger des contenus non adaptés à leur âge, c'est de leur en empêcher l'accès. Cela revient au même, et on n'arrive pas à répondre à la question posée sur la base de ce seul alinéa.

Pour avoir une réponse à la question posée, il faut lire l'alinéa 2. L'alinéa 2 précise quelles sont les exigences minimales que l'on peut envisager de mettre en place pour garantir cette protection ou ce nonaccès à des contenus non adaptés, parmi lesquelles la création et l'exploitation d'un système de contrôle de l'âge intervenant avant la première utilisation du service. Là, il s'agirait de faire en sorte, par exemple si une personne n'avait pas l'âge requis pour avoir accès à des services, parce qu'ils pourraient donner accès à des contenus non appropriés, que l'on puisse vérifier l'âge et empêcher l'accès. Cela se fait de la même manière dans d'autres domaines, par exemple pour les loteries en ligne ou la vente de cigarettes en ligne. Il faut aussi prouver que l'âge minimal est atteint pour y avoir accès.

Le deuxième élément, c'est la mise à disposition d'un système de contrôle parental qui permette, dans le cadre de la famille, pour celles et ceux qui le souhaitent – c'est à l'autorité parentale d'en décider – d'avoir un système à utiliser pour limiter l'accès lorsque cela paraît adéquat.

L'exemple que citait M. Noser, si j'ai bien compris, est de dire qu'un mineur peut se servir du passeport et de la carte de crédit de ses parents. Alors dans ce cas, il est clair qu'il n'y a pas de contrôle, évidemment. Mais là, on part de l'idée qu'il y a quand même un comportement qui est un peu discutable. Avec ce comportement, vous pouvez faire beaucoup de choses: acheter des films pornographiques en ligne, acheter des cigarettes ou jouer à la loterie, ce qui ne sont pas, en principe, des choses qui sont prévues pour les jeunes. Mais naturellement, en utilisant la carte de crédit et le passeport ou la carte d'identité de ses parents, on peut faire beaucoup de choses.

Ce n'est pas ce qui est visé ici. Il n'en reste pas moins que cet alinéa 1 – avec l'alinéa 2 – clarifie la situation. Nous avons une préférence pour la solution du Conseil fédéral, parce qu'elle a le mérite de la clarté. Mais, honnêtement, la solution de la majorité ne pose pas de problème particulier puisque l'on entend bien que son contenu est détaillé à l'alinéa 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/5137)

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 5 Bst. g

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 5 let. g

Proposition de la commission

Biffer

Art. 9

Antrag der Kommission

... der jeweiligen Akteurinnen (Branchenorganisation) erlassene Regelung ...

AB 2022 S 426 / BO 2022 E 426

Art. 9

Proposition de la commission

... de chaque secteur (organisations de branche) peut être déclarée ...



Art. 10

Antrag der Kommission

Titel

Anforderungen an die Branchenorganisation

Abs. 1

... wenn die Branchenorganisation:

a. in ihrem Zweck den Jugendschutz hat;

...

f. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... Repräsentativität der Branchenorganisation nach Absatz 1 Buchstabe c.

Art. 10

Proposition de la commission

Titre

Exigences que doivent remplir les organisations de branche

Al. 1

... de force obligatoire, les organisations de branche doivent:

a. faire figurer la protection des mineurs parmi leurs objectifs;

...

f. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... la représentativité des organisations de branche au sens de l'alinéa 1 lettre c.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wir behandeln diese Bestimmungen gemeinsam.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Die Kommission ist bei diesen Bestimmungen einstimmig, es gibt keine Minderheit. Aber es ist vielleicht wichtig zu erklären, warum dieses Konzept, das auf den ersten Blick nur eine begriffliche Änderung beinhaltet, gewählt wurde.

In Artikel 9 steht "Branchenorganisation" anstelle von "Jugendschutzorganisation". Dann gibt es einen Ratenschwanz von Anpassungen, häufig redaktioneller Art. Ich erkläre Ihnen, worum es hier geht. Es steht ein Konzept dahinter.

In den Artikeln 9 und 10 geht es darum, wie sich die Jugendschutzorganisationen oder Branchen zu organisieren haben. Es geht nicht um Inhalte, sondern um organisatorische Voraussetzungen. Die Kommission hat mit dieser begrifflichen Änderung zur Branchenorganisation aufgezeigt, dass der Staat die Branchen nicht zu einer Organisationsform oder einer Überorganisation zwingen will. Beim Grundgedanken des bundesrätlichen Entwurfes mit Jugendschutzorganisationen für jeden Bereich stellt man sich zwei Jugendschutzorganisationen vor, unter denen sich die Branchen dann zu organisieren haben, also irgendwie Dachverbände, die dann möglicherweise noch mit branchenfremden Expertinnen und Experten bestückt werden. Zu diesem Punkt kommen wir später noch.

Uns ist wichtig, dass die Branche hier in der Verantwortung bleibt. Die Branchenorganisationen sind aus Akteurinnen und Akteuren zusammengesetzt. Der Begriff des Akteurs, der Akteurin ist in Artikel 5 Litera a des Entwurfes definiert, ich wiederhole das hier nicht.

Wie gesagt, es gibt eine Reihe von redaktionellen Anpassungen, mit denen der Begriff "Jugendschutzorganisation" ersetzt wird. Unter anderem ist z. B. Artikel 5 Litera g nicht mehr nötig. Dort wird definiert, was eine Jugendschutzorganisation ist. Das entfällt, weil wir ja die Branchen in ihrer Organisationsform behalten. Ebenso ist mit unserem Konzept eine Anpassung von Artikel 10 Absatz 1 Litera a verbunden. Dort steht in der Fassung des Bundesrates, dass die Jugendschutzorganisation als Hauptzweck den Jugendschutz haben muss. Da wir ja von dieser Dachverbandsidee der Jugendschutzorganisationen wegkommen und die Branchen in der Verantwortung behalten, schreiben wir hier, dass die Branchenorganisation in ihrem Zweck zwar den Jugendschutz beinhaltet, aber nicht nur. Die Branchenorganisationen müssen ihre Zweckartikel wahrscheinlich nicht anpassen, es reicht, wenn der Jugendschutz darin enthalten ist. Artikel 10 Absatz 1 Litera a gehört zu unserem Konzept.

Es soll also möglich sein, dass bestehende Branchenorganisationen die Regelung des Jugendschutzes übernehmen. Wie gesagt, sie müssen in ihren Statuten den Jugendschutz beinhalten, aber diesen nicht zum hauptsächlichen Zweck der Organisation erklären.



Im Resultat verleiht das den Branchen mehr Organisationsfreiheit. Der Bund hat diesen nicht vorzuschreiben, wie sie sich zu organisieren haben. Unser Antrag knüpft an bestehende Organisationen an, es gibt heute meines Wissens deren fünf. Wir zwingen diese nicht wie gemäss Bundesratsentwurf, sich zu einer neuen Organisation zusammenzuschliessen. Sie können das per Delegation lösen, sie können das vertraglich lösen, sie können das statutarisch, institutionell lösen; aber die Art und Weise, wie sie sich organisieren, soll frei bleiben. Das ist der Grundgehalt dieser auf den ersten Blick kleinen Anpassung, die aber wirklich ein anderes, freiheitlicheres Konzept der Organisation beinhaltet.

Damit beantrage ich Ihnen hier – wie gesagt, es gibt keine Minderheit –, unseren Anträgen zu Artikel 9 und den weiteren genannten Artikeln als Konzept zu folgen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Très brièvement, je précise que, dans le cadre des débats, il est apparu qu'il y avait une insécurité sur ce qu'étaient ces organisations de protection de la jeunesse. Il s'agirait en fait de nouvelles organisations spécialisées. Il a été dit dans les débats que cela pourrait tout à fait être géré par les organisations de branche, que c'était même souhaité et qu'elles devraient aussi s'occuper de cela sans créer de nouvelles organisations.

Donc, sur la base des débats qui ont eu lieu, sur la base également des explications données et des arguments exposés par le rapporteur, nous voyons bien l'intérêt de cette évolution et nous pouvons absolument souscrire à la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 5 Bst. h; 8 Abs. 2bis

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 5 let. h; 8 al. 2bis

Proposition de la commission

Biffer

Art. 11

Antrag der Mehrheit

...

b. ... mit einem Film oder einem Videospiel zugänglich gemacht werden;

c. ... Aufwand für die Branchenorganisation oder die ...

cbis. Streichen

...

h. ... durch die Branchenorganisation, insbesondere ...

i. ... die Mitglieder der Branchenorganisation sind ...

...

Antrag der Minderheit

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Bst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(Zusätzliche Änderung betrifft nur den französischen Text)



Art. 11

Proposition de la majorité

...

b. ... avec un film ou un jeu vidéo;

c. ... une charge disproportionnée pour l'organisation de branche ou les acteurs ...

cbis. Biffer

...

h. ... de la réglementation par l'organisation de branche concernée, en ...

i. ... aux acteurs membres de l'organisation de branche concernée en ...

...

Proposition de la minorité

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Let. b

Selon Conseil fédéral, mais:

... aux acteurs membres de l'organisation de branche concernée en ...

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wir behandeln diese Bestimmungen gemeinsam.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Bei Artikel 11 geht es um den Inhalt der erwarteten Jugendschutzregelung. Hier beantragen wir eine Anpassung von Litera b. Dort soll der letzte Satzteil gestrichen werden, in welchem steht, dass die Jugendschutzregelung "Regeln [...] zum Umgang mit Filmen oder Videospielen, die bereits vor dem Inkrafttreten der Jugendschutzregelung auf dem Markt waren", enthalten muss. Es ist hier also eine Art Rückwirkung enthalten, gegen die wir uns mehrheitlich wenden.

Was passiert, wenn jetzt keine solche Regelung getroffen wird und die Jugendschutzorganisation sagt, bei den alten Filmen solle nichts mehr geregelt werden, das sei vorbei? Dann wäre diese Regelung lückenhaft. Dies hätte zur Konsequenz, dass der Bundesrat den Wunsch der Branche an ihn, dass er eine Jugendschutzregelung für verbindlich erkläre, zurückweisen würde. Er würde sagen, die Branche habe vergessen, die alten Filme, die vor 2022 auf den Markt kamen, explizit mit Altersangaben, Inhaltsdeskriptoren usw. zu regeln. Es gibt für die Branche also einen indirekten Zwang, Hunderte alter Filme zu klassifizieren. Das führt zu einer Art Rückwirkung mit einem grossen Aufwand für die betroffene Branche und widerspricht dem Vertrauensprinzip. Die Kommission entschied mit 6 zu 5 Stimmen. Die Mehrheit beantragt Ihnen, wie gesagt, den von mir vorgelesenen Satzteil zu streichen.

Interessant ist noch ein Hinweis auf Artikel 11 Litera d. Es handelt sich um eine Art Auffangtatbestand. Was steht dort? Artikel 11 Litera d behandelt Filme oder Videospiele, die bisher noch nicht klassifiziert sind, die also keine Altersangaben beinhalten. Da sagt der Gesetzentwurf, als Auffangtatbestand für das, was nicht eingestuft werde, gelte per se die höchste Altersstufe, sagen wir achtzehn. Selbst unbedenkliche Filme werden, wenn man nichts tut, mit achtzehn Jahren klassifiziert. Wenn die Branche dies anders regeln und die Filme tiefer klassifizieren will, also mit vierzehn oder sechzehn Jahren, dann muss sie das regeln. Sie kann das auch tun. Was will ich damit sagen? Die Branche hat ein Eigeninteresse daran, dass nicht jeder Film erst ab achtzehn zugelassen ist. Die Branche hat ein Eigeninteresse, auch alte Filme mit zwölf, vierzehn oder sechzehn Jahren zu klassifizieren. Sie wird das aus Eigeninteresse tun. Von daher braucht es nicht noch eine obligatorische Regelung im Gesetz, in welcher gesagt wird: Ihr müsst dann alle alten Filme noch klassifizieren, sonst ist eure Regelung nicht akzeptierbar. Ich denke, das regelt sich von selbst.

Wie gesagt, die Kommissionsmehrheit ist hier gegen eine unnötige Rückwirkungsregelung und beantragt Ihnen, diesen Satzteil zu streichen.

Noch eine Klammerbemerkung: Es hat bei der französischen Fassung noch eine Anpassung, die nur zum Tragen käme, wenn die Minderheit obsiegen würde. Deshalb sage ich im Moment nichts weiter dazu.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Sur ce point également, la minorité de la commission a continué à faire confiance au projet global du Conseil fédéral. Certes, on peut se demander, comme cela a été fort opportunément mentionné dans la formulation de cet article, s'il est opportun, possible et cohérent de disposer d'une réglementation générale qui concerne les films et jeux vidéo qui sont déjà sur le marché au moment de l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation.

La minorité de la commission propose une nuance, car elle estime qu'on ne peut pas reprendre tous les produits, comme l'a indiqué le rapporteur de la commission, qui appartiennent au passé, mais qu'on peut et qu'on



doit reprendre les règles qui les concernaient, car aujourd'hui déjà, les jeux vidéo et les films sont accompagnés d'une indication qui concerne soit l'âge recommandé, soit l'âge légal. Il ne s'agirait pas de procéder à une reclassification et de reprendre chaque ancien film, car c'est un travail gigantesque aux résultats probablement modestes, mais de reprendre les règles qui existent déjà.

Ainsi, je vous remercie de soutenir la minorité de la commission.

Berset Alain, conseiller fédéral: Le rapporteur a expliqué qu'il n'y avait pas besoin d'une formulation complète à la lettre b, puisque ce point est mentionné à la lettre d.

Das ist aber eine sehr interessante Frage. Wir behaupten bei Litera b, dass der Aufwand mit dem Antrag der Mehrheit der Kommission viel grösser sein wird. Litera b ist in der Fassung des Bundesrates genau deshalb enthalten, um keinen Aufwand für die Vergangenheit zu generieren. Wenn man aber nichts über die Behandlung der Vergangenheit sagt, dann gilt Litera d, und mit Litera d wird einfach verlangt, dass alle alten Produkte im neuen System zu behandeln sind. Der Aufwand wäre damit wirklich viel grösser, viel grösser.

Wir gehen davon aus, dass Litera b – und das ist auch die Position der Minderheit, die noch eine redaktionelle Verbesserung gemacht hat – eine gesetzliche Grundlage schafft, die es erlauben würde, den betroffenen Organisationen zu sagen: Okay, es gibt eine gesetzliche Grundlage – das ist der zweite Teil von Litera b –, die es uns erlaubt, zu sagen: Was bis heute galt, gilt weiterhin. Das ist der minimalste Aufwand, den man sich für die Regelung der Vergangenheit wünschen kann. Wenn man diesen Satz aber im Sinne der Mehrheit der Kommission streicht, dann gilt Litera d, und Litera d sagt einfach, dass alle alten Produkte im neuen System neu zu beurteilen sind. Und gerade das wollten wir mit Litera b verhindern.

Ich habe bereits versucht, das zu erklären, bis jetzt vermutlich ohne Erfolg. Ich glaube, es gibt weiterhin Möglichkeiten, das zu diskutieren. Aber wir möchten bei den alten Produkten für die betroffene Branche nicht unbedingt einen Riesenaufwand generieren. Doch damit man wirklich keinen Aufwand generiert, braucht es eine gesetzliche Grundlage, die es erlaubt, diesen Branchen zu sagen: Was bis heute galt, gilt weiterhin. Aber dafür braucht es diesen zweiten Teil, sonst gilt – der Berichterstatter der Kommission hat richtig darauf hingewiesen – Litera d. Und Litera d schafft eine andere Situation, was den Aufwand betrifft.

Ich mache Ihnen aufgrund dieser Argumentation beliebt, nicht mehr die Fassung des Bundesrates zu unterstützen. Weil es eine redaktionelle Verbesserung im Antrag der Minderheit gibt, bitte ich Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Bitte erlauben Sie mir noch ein Wort. Vielleicht ist es auch gut, hier eine Differenz für den Zweirat zu haben. Ich lese den Beginn von Artikel 11: "Die Jugendschutzregelung muss mindestens folgende Elemente umfassen [...]." Das heisst, wenn wir den Satz jetzt streichen, so heisst das nicht, dass die Branche das nicht darf. Es heisst nicht: "Ihr dürft nicht mehr regeln." Ich lese das so, dass der Mindestinhalt vorgegeben ist.

AB 2022 S 428 / BO 2022 E 428

Ich habe es erklärt: Die Branche hat, wenn es jetzt weniger Aufwand gibt, ein Eigeninteresse, auch alte Filme zu klassifizieren. Dann wird sie das tun, auch wenn dieser Absatz nicht drinsteht. Ich lese das also so, dass die Branche legitimiert ist, über diesen Mindestinhalt hinauszugehen. Ich finde das noch wichtig für die Materialien. Wenn man anderer Ansicht wäre, dann müsste man schreiben, die Regelung dürfe mindestens und höchstens folgende Elemente enthalten. Ich denke, die Regelung darf so sein, wie der Bundesrat erwartet, muss es aber nicht.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Nach dem Berichterstatter hat noch einmal der Bundesrat das Wort.

Berset Alain, Bundesrat: Es ist, Herr Präsident, sehr, sehr unüblich, dass der Bundesrat nach dem Berichterstatter noch ein zweites Mal interveniert. (*Heiterkeit*) Aber wenn Sie mich schon dazu einladen, so würde ich gerne sagen, dass die Präzisierung schon gut wäre, d. h., dass das in Litera b auch festgehalten wird. Denn wenn man das in Litera b streicht, gilt dann nur noch Litera d. Und zu denken, dass man, wenn es in Litera b nicht geschrieben ist, von Litera d abweichen und es trotzdem anders vorsehen könnte, schafft eine Unsicherheit.

Das Gute mit der Fassung des Minderheitsantrages ist: Es ist klar, dass alles, was bis jetzt in einem System war, nicht unter Litera d fallen muss und einfach so beibehalten werden kann. Ich glaube, diese Klarheit kann helfen.

Aber noch einmal: Wenn es hier eine Differenz gibt, erlaubt das, diese spannende Diskussion weiterzuführen.



Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Excusez-moi, Monsieur le président, il n'y a pas de proposition à l'article 11 lettre cbis, mais je souhaiterais mentionner la question des microtransactions. Nous avons voté sur cet objet en commission: une majorité a décidé de biffer cette lettre et nous n'avons pas fait de proposition.

Je crois que la question des microtransactions n'est pas qu'une question technique. Nous avons été interpellés et sollicités par différentes institutions ou associations qui, à titre préventif, indiquent à quel point les jeunes et même les enfants – l'âge moyen de la première microtransaction correspond à 8 ans – sont en danger dans ces situations. Cela dit, je peux tout à fait imaginer que le siège de la matière se trouve ailleurs et qu'il s'agisse davantage d'une question de consommation que d'une question de prévention sur le plan des addictions. Cela pourrait peut-être être repris au Conseil national et plaide pour que nous acceptions, en définitive, l'article qui concerne la prévention dans le domaine médiatique. C'était juste une précision que je voulais apporter au sujet des discussions qui ont eu lieu en commission.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Ich erläutere ganz kurz die Motivation der Kommission, diesen Buchstaben cbis, im Gegensatz zum Nationalrat, nicht aufzunehmen. Es geht hier nicht mehr um den Schutz vor Inhalten, es gibt genügend Inhaltsschutz, sondern bei diesen Mikrotransaktionen geht es um ein Suchtproblem. Das sind quasi Spiele im Spiel. Man wird da angetrieben, weil man auf ein höheres Level kommt, man ist im Spiel drin, und dann kauft man sich Zusatzfunktionen – "game in the game" – und bleibt dran.

Weil das ein Suchtproblem ist, hat man das hier nicht aufgenommen. Das war auch die Begründung des Bundesrates in der Botschaft. Wenn schon, kann man Suchtverhalten anderswo breiter regeln. Es gibt viel legales Suchtverhalten, Suchtverhalten, das nicht per se illegal ist. Deshalb haben wir gesagt: Wir machen hier nicht ein Antisuchtgesetz. Abgesehen davon haben selbst die Fachämter, die Kinderschutz- und Jugendschutzorganisationen mindestens vor drei, vier Jahren gesagt, dass es in diesem Gesetz keine Antisuchtbestimmung braucht. Deshalb haben wir von dieser Bestimmung hier Abstand genommen. Wie gesagt, es wäre ein Schutz vor Funktionen, weil sie süchtig machen können, und nicht vor Inhalten. Das wäre irgendwie in diesem Gesetz einfach nicht ganz kohärent. Das war unsere Überlegung.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/5138)

Für den Antrag der Mehrheit ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 12

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2, 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

Die Branchenorganisation muss dafür ...

Abs. 4

Die Branchenorganisation kann ein ...

Art. 12

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

L'organisation de branche veille à ...

Al. 4

L'organisation de branche peut valider ...

Angenommen – Adopté

**Art. 12a***Antrag der Kommission*

Die anerkannten Branchenorganisationen in den Bereichen Film und Videospiel arbeiten jeweils für ihren Bereich an der Entwicklung von Inhaltsdeskriptoren. Sie beachten dabei internationale Entwicklungen und unterstützen möglichst das Entstehen international vereinheitlichter Deskriptoren. Erachtet der Bundesrat fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Arbeiten der Branchenorganisationen als ungenügend, so unterbreitet er der Bundesversammlung einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung der Inhaltsdeskriptoren.

Art. 12a*Proposition de la commission*

Les organisations de branche reconnues dans les secteurs du film et du jeu vidéo travaillent au développement des descripteurs de contenu dans leurs secteurs respectifs. Ce faisant, elles tiennent compte de l'évolution du secteur sur le plan mondial et soutiennent l'uniformisation des descripteurs sur le plan international. Si, cinq ans après l'entrée en vigueur de la présente loi, le Conseil fédéral considère les travaux des organisations de branche comme insuffisants, il soumet à l'Assemblée fédérale un projet de disposition légale concernant les descripteurs.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Es geht hier darum: Bei den Inhaltsdeskriptoren gibt es offenbar eine grosse internationale Entwicklung. Was passiert, wenn diese Entwicklung weitergeht?

In Präzisierung der nationalrätlichen Fassung haben wir nur den Prozess etwas verbindlicher definiert. Gemäss Fassung des Nationalrates hätte der Bundesrat einfach den Auftrag, zu prüfen, ob gesetzliche Anpassungen notwendig sind oder nicht. Wir sagen etwas verbindlicher, dass der Bundesrat, wenn die Branchenlösung nicht genügt, direkt per Gesetzentwurf Vorschläge machen soll. Wir indizieren hier also eigentlich schon einen parlamentarischen Prozess.

Das ist wie gesagt nicht der Hauptinhalt der Vorlage. Es gibt hier keine Minderheit.

Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 13*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Die Anlaufstelle der Branchenorganisation behandelt ...

AB 2022 S 429 / BO 2022 E 429

Abs. 2, 3, 5, 6

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 4

... welche die jeweilige Branchenorganisation aufgrund von ...

Art. 13*Proposition de la commission*

Al. 1, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 2, 3, 5, 6

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 14*Antrag der Kommission*

Abs. 1

... auf Antrag der Branchenorganisation.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 14

Proposition de la commission

Al. 1

... à la requête de l'organisation de branche concernée.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Kommission

Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 4

... so weist es sie an die Branchenorganisation zurück.

Art. 15

Proposition de la commission

Al. 1–3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 4

... aux articles 10 à 13, il la renvoie à l'organisation de branche.

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 17

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

... wenn die betroffene Branchenorganisation eine Änderung der ...

Art. 17

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

... si l'organisation de branche concernée fait entrer en vigueur une modification de sa réglementation ...

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



Art. 19

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2–4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 19

Proposition de la commission

Al. 1

... protégés des contenus qui ne leur sont pas adaptés.

Al. 2–4

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 20

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Branchenorganisationen, die Kantone ...

Abs. 2

... von Behörden, von Branchenorganisationen oder von Fachorganisationen.

Abs. 3

... von Behörden, von Branchenorganisationen oder von Fachorganisationen.

Art. 20

Proposition de la commission

Al. 1

Les organisations de branche, les cantons ...

Al. 2

... d'une autorité, d'une organisation de branche ou d'une organisation spécialisée.

Al. 3

... d'une autorité, d'une organisation de branche ou d'une organisation spécialisée.

Angenommen – Adopté

Art. 21

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Branchenorganisationen und das BSV ...

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 21

Proposition de la commission

Al. 1

Les organisations de branche et l'OFAS peuvent ...

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



Art. 22

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Die Branchenorganisationen müssen ihre ...

Art. 22

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

AB 2022 S 430 / BO 2022 E 430

Al. 2

Les organisations de branche annoncent au préalable ...

Angenommen – Adopté

Art. 23, 24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 25

Antrag der Kommission

Titel

Aufsichtsaufgaben der Branchenorganisationen

Text

Die Branchenorganisationen müssen die ...

Art. 25

Proposition de la commission

Titre

Tâches de surveillance des organisations de branche

Texte

Les organisations de branche veillent au respect ...

Angenommen – Adopté

Art. 26, 27

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ingress

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Préambule

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 4 Bst. e

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Streichen

Art. 4 let. e

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Biffer

5a. Kapitel Titel

Antrag der Mehrheit

Förderung der Medienkompetenz und Prävention

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Streichen

Chapitre 5a titre

Proposition de la majorité

Promotion des compétences médiatiques et prévention

Proposition de la minorité

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Biffer

Art. 27a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)

Streichen

Art. 27a

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Stark, Germann, Gmür-Schönenberger, Michel)
Biffer

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wir behandeln den Ingress, Artikel 4 Buchstabe e, den Titel des 5a. Kapitels und Artikel 27a gemeinsam.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Hier haben wir die letzte materielle Differenz zwischen Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit. Die Kommission entschied mit 8 zu 4 Stimmen.

Die Mehrheit beantragt Ihnen, hier dem Nationalrat zu folgen und diesen Medienkompetenzartikel einzufügen. Aus Sicht der Mehrheit soll der Umgang mit Medien eben nicht mittels Verboten oder Zugangsregeln geregelt werden. Die auch in unserer Kommission immer wieder beschworene Verantwortung von Eltern und Jugendlichen kann und soll durch die entsprechende Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Dieser Kompetenzbereich liegt für die Zeit der obligatorischen Schule natürlich bei den Kantonen; hier kann der Bund nur subsidiär tätig sein. Verstärkt tätig sein kann er aber im nachobligatorischen und ausserschulischen Bereich. Wir erachten die Förderung der Medienkompetenz somit als eine Ergänzung der Anstrengungen der Kantone im Bildungsbereich. Der Bund war bisher schon aktiv. Eine Ablehnung dieses Artikels wäre aus unserer Sicht das falsche Signal, den Bund hier in seinen bisherigen und unseres Erachtens unbestrittenen Anstrengungen zurückzubinden; das wollen wir nicht.

Wir sehen sodann einen Zusammenhang mit der vorhin erwähnten Suchtproblematik; sie wurde von Kollegin Baume-Schneider kurz angetönt. Wir haben ja die Regelung des Suchtpotenzials der Mikrotransaktionen abgelehnt. Entsprechend wichtig erscheint es uns im Bereich des Suchtpotenzials von Medien, dem hier mittels Bildung präventiv entgegenzuwirken.

Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung der Kommissionsmehrheit und somit auch des Nationalrates. Rein formell würden wir, wenn Sie dem Antrag zustimmen, dann noch einen neuen Titel, "Kapitel 5a. Förderung der Medienkompetenz und Prävention", voranstellen, weil Artikel 27a nicht unter den Titel von Kapitel 5 passt. Wie gesagt, wir erkennen hier eine Art Gegenstück zur abgelehnten Bestimmung zu den Mikrotransaktionen. Eine Minderheit erachtet diesen Kompetenzartikel aber als zu weitgehend und wird das noch separat begründen.

Noch ein Satz: In der Gesamtabstimmung hat dann das von uns so revidierte Gesetz eine Mehrheit von 10 zu 2 Stimmen gefunden; Zustimmung hat auch das Abschreiben der beiden Vorstösse gefunden.

Stark Jakob (V, TG): Bei einem neuen Gesetz ist ja grundsätzlich immer Skepsis angebracht. Aber die Thematik, die

AB 2022 S 431 / BO 2022 E 431

hier berührt wird, also dass Minderjährige vor nicht altersgerechten Filmen und Videospielen geschützt werden, ist wichtig. Also macht man ein Gesetz und hat die Grundlage dafür in Artikel 95 Absatz 1 der Bundesverfassung gefunden. Dort heisst es: "Der Bund kann Vorschriften erlassen über die Ausübung der privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit." Mit anderen Worten: Dieses Gesetz regelt den Markt, damit Minderjährige geschützt werden. Der Bundesrat hat dies sehr konsequent gemacht. Wir haben ein kohärentes Gesetz mit 38 Artikeln erhalten.

Der Sündenfall geschah bei der Beratung im Nationalrat. Das Marktregulierungsgesetz wurde auf neues Terrain ausgeweitet, mit einem neuen Kapitel 5a, "Förderung der Medienkompetenz und Prävention". Das Kapitel 5a beinhaltet einen einzigen Artikel: Artikel 27a.

Sie ahnen es, die Minderheit findet es sehr problematisch, wenn der Bund bzw. das Bundesamt für Sozialversicherungen neu folgende drei Aufgaben erhält:

1. in Familien, Schulen und der Freizeit über die Risiken der digitalen Medien zu informieren;
2. Angebote zur Förderung der Medienkompetenz der Minderjährigen direkt oder via die Kantone zu fördern;
3. überregionale Modellprojekte finanziell zu unterstützen.

Diese drei Punkte gehören nicht in dieses Marktgesetz – formell und materiell! Das Richtige am falschen Ort zu machen, ist eben auch falsch. Zudem, und das ist ganz wichtig, werden dem Bund mit dieser Bestimmung neue Rechte und Pflichten auferlegt, die keine verfassungsrechtliche Grundlage haben. Der Nationalrat versucht, sich mit Artikel 67 Absatz 2 der Bundesverfassung zu behelfen, und hat die Präambel damit ergänzt. Er liegt ziemlich daneben.

Artikel 67 bezieht sich auf die besonderen Förderungs- und Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Hier geht es um individuelle Förderungs- und Schutzbedürfnisse. Genau und nur darauf bezieht sich der neu in der Präambel zitierte Artikel 67 Absatz 2, der wie folgt lautet: "Der Bund kann in Ergänzung zu kantonalen



Massnahmen die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unterstützen." Nochmals: Das ist individuell gemeint, für jene Kinder und Jugendlichen, die spezielle Förderungs- und Schutzbedürfnisse haben. Wenn aber alle Minderjährigen angesprochen werden sollen, so geht es um Schule. Dazu hält Artikel 62 Absatz 1 der Bundesverfassung ganz klar fest: "Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig." Die Kantone nehmen ihre Aufgaben auch im Bereich der Medienkompetenzen wahr. Es gibt also keine Rechtsgrundlage für eine breite Ausbildungsoffensive des Bundes für die Förderung der Medienkompetenz bei den Minderjährigen im ganzen Land. Dafür ist der Bund schlicht und einfach nicht zuständig.

Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Antrag der Minderheit bzw. dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Je ne pense pas, à l'instar de la majorité de la commission, que cette loi cible uniquement les questions de régulation du marché. Il y a des questions de protection et l'on a régulièrement abordé dans le cadre de la loi la question de la responsabilité individuelle – responsabilité individuelle des adultes. Pour se développer dans le cadre de son autonomie et d'une responsabilité individuelle, il faut justement développer des compétences médiatiques. Je pense donc qu'il y a un lien direct entre les mesures que la Confédération peut prendre pour la promotion des compétences médiatiques et cette loi.

On peut également mentionner que, aujourd'hui déjà, la Confédération met à disposition la plateforme nationale Jeunes et médias et assume des tâches importantes sur le sujet. On sait aussi qu'il y a des innovations cantonales qui demandent à être soutenues, parce qu'on le sait, la meilleure des protections est certes cette base légale, mais aussi et surtout les compétences médiatiques des jeunes – pour pouvoir se déterminer et gérer la diversité des offres et des possibilités, que ce soit sur Internet ou dans le domaine du film et des jeux vidéo.

Je l'ai indiqué tout à l'heure par rapport aux microtransactions, il est vrai que l'on est plus dans une question de dépendance et de consommation et que le siège de la matière est discutable. Par contre, créer un lien direct entre la protection des mineurs dans le secteur du film, des jeux vidéo, et la capacité de développer ses propres compétences médiatiques nous semble utile et acquis.

Il me semble important de dire que l'on n'est de loin pas uniquement dans des offres ludiques ou pédagogiques, que ce soit sur les plateformes ou les jeux vidéo. On le sait, les risques sont grands quant à la maturité affective et psychologique des jeunes, qui sont encore vulnérables. Tous les programmes mis en oeuvre ne doivent pas être impérativement soutenus. Mais il est important que la Confédération puisse continuer à maintenir, par exemple, la plateforme nationale Jeunes et médias ou, par exemple, à soutenir des projets innovants ou pilotes dans les cantons et, surtout, à prendre une responsabilité pour que, justement, les jeunes aient ensuite cette responsabilité individuelle d'adulte permettant de se prononcer librement sur leurs choix.

Je comprends bien mon collègue Stark qui dit que c'est une bonne idée au mauvais moment et au mauvais endroit. Mais ce sera quand le bon moment et où le bon endroit? A ce niveau-là, on peut trouver une cohérence; il y a d'autres bases légales pour lesquelles on a un peu étiré parfois le siège de la matière. Ici, j'y vois véritablement une cohérence.

Je vous invite, à l'instar des membres de la majorité de la commission, à maintenir l'inscription de cet article 27a, les mesures de prévention et de promotion, dans la loi.

Würth Benedikt (M-E, SG): Herr Stark hat hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Grundlage dieser Bestimmung einige interessante Darlegungen gemacht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in diesem Rat auch bei anderer Gelegenheit Vorstösse in diesem Bereich diskutiert haben. Es ging dabei vielleicht nicht gerade um Medienkompetenz, aber zumindest um Datenkompetenz. Kollege Rieder, der neben mir sitzt und jetzt grad entschwinden ist, hat eine interessante Interpellation zum Thema der Förderung der Datenkompetenz eingebracht. Ich würde jetzt mal meinen, dass Kollege Rieder die Frage der Verfassungsmässigkeit – jetzt kommt er – jeweils sehr einlässlich prüft.

Das hier geht in die gleiche Richtung. Wir haben hier natürlich das Grundproblem der Frage, wie sich digitale Transformation überhaupt in einem neuen gesellschaftlichen Kontext gestalten lässt. Welche Herausforderungen ergeben sich? Es ergeben sich logischerweise Herausforderungen in der Bildung. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass das den Bereich der kantonalen Schulhoheit betreffe. Aber auch der Bund hat dort Kompetenzen, denkt man beispielsweise an die Sekundarstufe II; das kommt auch in diesen Ausführungen zum Ausdruck. Es gibt zudem in der Bundesverfassung einen Jugendartikel und einen Familienartikel; auch dort gibt es gewisse Anknüpfungspunkte für den Bund.

Ich würde Ihnen einfach Folgendes empfehlen: Sie sagten vorhin, dass das ein Marktgesetz sei. Ja, und wir haben dieses in der Kommission deutlich entschlackt. Es ist unbestritten, dass wir in der Kommission einige Vorbehalte hatten, wobei das Gesetzesprojekt jetzt, nach diesen Anpassungen, für viele akzeptabel ist. Wenn



Sie aber die Regulierung massvoll halten wollen, so müssen Sie auch das Thema der Medienkompetenz im Auge behalten.

Auch ich habe Kinder, und auch ich sehe, dass der Regulator hier an Grenzen stösst. Ganz wichtig ist aber, dass die Jugendlichen heute mit den Instrumenten des digitalen Wandels vertraut werden, weil sie ständig damit konfrontiert sind. Hier sehe ich letztlich doch eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Wie in der Kommission ausgeführt worden ist, wäre es nicht so, dass der Bund im Hauptsächlichen den Lead hätte, vielmehr unterstützt er die Kantone bei ihren Anstrengungen. Das scheint mir von zentraler Bedeutung zu sein. Ich komme nochmals auf den seinerzeitigen Vorstoss von Kollege Rieder zu sprechen: Es ist so, dass wir heute bereits – das wurde damals gefordert – die Nationale Plattform Jugend und Medien haben. Es gibt also bereits heute Anstrengungen in diesem Bereich, und heute ist es schon so, dass das nicht einfach losgelöst von kantonalen Strukturen umgesetzt wird; auch das wurde deutlich gesagt.

AB 2022 S 432 / BO 2022 E 432

Ich bin auch bekannt dafür, dass ich jeweils zurückhaltend dabei bin, dem Bund neue Aufgaben zu übergeben. Bei Lichte betrachtet ist es hier aber keine neue Aufgabe. Vielmehr schreiben wir hier etwas im Gesetz fest, was durchaus zu diesem präventiven Pfeiler gehört. Und der ist eben in diesem Marktgesetz auch wichtig. Wenn man eine Balance haben will, dann muss man zu einer schlanken Regulierung – da bin ich auch dafür – im Grunde genommen auch ein gewisses Pendant schaffen. Das machen wir mit diesem Artikel. Ich denke, dass wir auch global betrachtet schlussendlich einen gewissen Konsens bei dieser Vorlage haben müssen. Wir erreichen diesen Konsens, wenn wir eben eine schlanke Regulierung machen und gleichzeitig auch die Herausforderungen im Bereich der Medienkompetenz annehmen. Das ist wichtiger denn je, wenn wir diesen digitalen Wandel auch gesellschaftlich bewältigen wollen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen.

Berset Alain, conseiller fédéral: J'étais en train de vérifier justement sur quelle base légale repose actuellement la plateforme "Jeunes et médias" que M. Würth vient de mentionner, et qui existe depuis des années. Elle repose en fait sur l'ordonnance sur des mesures de protection des enfants et des jeunes et sur le renforcement des droits de l'enfant, adoptée par le Conseil fédéral le 11 juin 2010. C'est cette ordonnance qui fonde la base sur laquelle cette plateforme existe aujourd'hui. Cette plateforme a connu différentes évolutions. Elle a été à un moment plus importante qu'aujourd'hui, maintenant elle est un peu plus faible, mais elle existe toujours. Elle est fondée ensuite sur une loi, elle-même fondée sur la Constitution. Donc, je crois qu'on a aujourd'hui une base pour le faire.

La question qui se pose avec cet article est de savoir si cela doit être réglé ici ou non. Vous aurez remarqué que ce n'était pas le projet du Conseil fédéral, qui n'avait pas proposé cet article dans le projet. Nous avons constaté ensuite que le Conseil national a fait deux choses. Il a créé un article sur les microtransactions et il a créé un article sur la prévention. Je crois, sans trahir de secret, pouvoir dire que ces deux éléments ont joué ensemble dans la commission, qui a écarté la réglementation sur les microtransactions, argumentant qu'elle n'avait pas lieu de figurer ici, mais a par contre soutenu les éléments de prévention, alors qu'ils existent déjà.

En 2015 déjà, nous avons mis en place, parce que le Conseil fédéral avait estimé que c'était un élément important, une prévention en matière de compétences médiatiques des jeunes. C'est pour cela qu'en 2015, l'Office fédéral des assurances sociales a été chargé, sur mandat du Conseil fédéral, de poursuivre les mesures de sensibilisation et de soutien dans le cadre de la plateforme "Jeunes et médias". Ce sont des mesures qui soutiennent essentiellement les parents, les enseignants, les personnes de référence pour pouvoir endosser un rôle d'accompagnement actif. C'est donc quelque chose qui se fait déjà. C'est ce que je souhaitais vous dire, il ne faut pas s'imaginer que cet article change grand-chose à la situation actuelle. En réalité, c'est déjà réalisé.

Il y a peut-être deux types de mesures qui sont prévues. Une partie des mesures prévues peuvent, de notre point de vue, être en grande partie mises en oeuvre dans le cadre du crédit existant pour la plateforme "Jeunes et médias". Donc, si cet article était adopté, on considérerait que, pour l'essentiel, il est déjà appliqué. Il y a par contre un élément qui aujourd'hui n'est pas appliqué, je dois le mentionner ici pour que le conseil l'ait entendu, c'est le soutien des cantons.

Le soutien aux cantons dans le cadre des nouvelles compétences nécessiterait probablement des moyens supplémentaires, que l'on a essayé d'estimer et que l'on estime à environ 200 000 francs par année. Mais ce n'est pas, dans le fond, un programme propre à la Confédération, ce serait un soutien aux cantons pour réaliser les mesures qui seraient souhaitées dans ce cadre.

Donc, il nous semble que cela correspond à ce qui est aujourd'hui pratiqué et que c'est une forme de compro-



mis pour que les microtransactions ne soient pas réglées dans la loi. Dans ces conditions, il me semble que cette proposition n'est pas très loin de ce que fait le Conseil fédéral depuis des années.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.069/5139)

Für den Antrag der Minderheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 18 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 28

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Die Branchenorganisationen veröffentlichen jährlich ...

Art. 28

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Les organisations de branche publient chaque année ...

Angenommen – Adopté

Art. 29

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 30

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

... nicht Mitglieder der jeweiligen Branchenorganisation sind, müssen sich an den Kosten beteiligen, die der Branchenorganisation bei der Erarbeitung ...

Art. 30

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

... à aucune organisation de branche participent aux frais de ces organisations ...

Angenommen – Adopté

Art. 31–38

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.069/5140)

Für Annahme des Entwurfes ... 42 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

AB 2022 S 433 / BO 2022 E 433

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté